



Freitag, 24. Februar 2023, 16:00 Uhr
~8 Minuten Lesezeit

Unglaubliche Bützer

Der angekündigte Versöhnungsprozess ist eine Politshow der österreichischen Regierung, die unfreiwillig zeigt, wie sehr das Corona-Narrativ erodiert.

von Eric Angerer
Foto: ravipat/Shutterstock.com

Die angeschlagene Bundesregierung aus Christdemokraten (ÖVP) und Grünen distanziert sich zunehmend von den eigenen Maßnahmen und redet vom Heilen gesellschaftlicher Wunden und vom Dialog mit Kritikern. Der sozialdemokratische Impfpflicht-Scharfmacher der Wiener Stadtregierung will plötzlich nichts mehr davon wissen. Während die Zeugen Coronas in Medien und Uni schnappatmen, ist die Widerstandsbewegung stabil und durchschaut das Manöver des Establishments.

Den Anfang machte am 1. Februar 2023, also unmittelbar nach dem Wahldesaster der ÖVP in ihrem Kernland Niederösterreich, Verfassungsministerin Karoline Edtstadler (ÖVP). Wahlanalysen hatten ergeben, dass in den ländlichen Regionen die Ablehnung der Corona-Repressalien ein wesentliches Motiv für die Abwendung von der ÖVP war. Edtstadler räumte in der Folge ein: „Es ist sicherlich nicht alles perfekt gelaufen. Im Rückblick haben wir Fehler erkannt.“ Ihr Motiv nannte sie immerhin aus ganz offen: Sie wolle „das Kapitel schließen“.

„Versöhnung“ als Agenda der Täter

Zur Erinnerung: Edtstadler hatte als Verfassungsministerin für Verweigerer der mRNA-Injektionen Geldstrafen von 2400 Euro pro Jahr angekündigt und sogar über Gehaltsexekutionen und Gefängnisstrafen gesprochen. Sie hielt Kündigungen von „Ungeimpften“ für möglich und sagte im Dezember 2021 zur Einführung der Impfpflicht wörtlich, „dass es mit Einführung der Impfpflicht eigentlich rechtswidrig ist, in Österreich zu wohnen und nicht geimpft zu sein.“

Am 15. Februar 2023 trat dann Bundeskanzler Karl Nehammer auf den Plan und kündigte medienwirksam eine Regierungsinitiative zur Versöhnung an: Corona sei ein gesellschaftliches Trauma gewesen, „etwas völlig Neues“, das „uns“ vor nie gekannte Herausforderungen gestellt habe, eine „kritische, schonungslose Analyse ist daher Pflicht und gleichzeitig Voraussetzung, um diese gesellschaftlichen Wunden zu heilen und das Trauma zu bewältigen“. Er wolle „die Thematik nicht den Radikalen überlassen“ und die Hand ausstrecken – „auch zu all jenen, die sich durch die Pandemie und ihre Folgen nicht mehr in der Mitte der Gesellschaft willkommen gefühlt haben“. Und er gestand zu: „Wir waren expertenhörig, nun

sollen Experten erklären, warum sie zu dieser Entscheidung gekommen sind.“

Damit putzt er sich natürlich an den sogenannten „Experten“ ab. Die Regierung aber hat diese Leute ausgesucht, kritische Wissenschaftler diffamiert und die politischen Entscheidungen entsprechend dem Marschbefehl von WEF, WHO und EU getroffen. Nehammer selbst hat zuerst als Innerminister sämtliche Einschränkungen der Grundrechte exekutieren lassen und das Impfpflicht-Projekt seines Vorgängers, des adeligen russophoben Schnösels Alexander Schallenberg, bereitwillig übernommen und die Beschlussfassung im Parlament umgesetzt. Und diese Leute bezeichnen konsequente Kritiker ihres demokratiefeindlichen Extremismus nun als „Radikale“.

Zeugen Coronas empört

Unterstützung erhielt Nehammer sogar vom grünen Koalitionspartner: Gesundheitsminister Johannes Rauch stellte fest, „viele Menschen“ fühlten sich „vom Staat nicht mehr vertreten“, das gehe „an die Substanz der Demokratie. Drei Jahre nach Beginn der Pandemie wird es Zeit für ein neues Miteinander“. „Vertrauen“ müsse durch „offene Kommunikation“ wieder aufgebaut werden. Sogar sein Vorgänger, der Corona-Scharfmacher Rudolf Anschober, sprach sich daraufhin für einen „Dialog mit Kritikern“ aus, schränkte aber im selben Atemzug ein, „damit meine ich nicht die radikalen Covidleugner“.

Viele ideologische Hardliner des Corona-Regimes sind weiterhin faktenresistent und empört über Nehammers Initiative zu „Versöhnung“. Diese Leute haben sich so verrannt und eingebunkert, dass sie jedes Einlenken offenbar als eine Art „Verrat“ empfinden.

Besonders hyperventiliert haben nach Nehammers Statement die Zero-Covid-Fanatiker aus dem linken Unimilieu und Teilen der SPÖ: Mit den „Schwurbler“ und „Wissenschaftsfeinden“ könne es keine Versöhnung geben, seien die Gräben auch in anderen Fragen unüberbrückbar. Und natürlich fühlen sich etliche der ausgesuchten „Experten“, die drei Jahre lang diverse Aushebelungen der Grundrechte und den Druck zu experimentellen Geninjektionen „wissenschaftlich“ legitimiert haben, nun auf den Schlipps getreten.

Klare Sicht in der Freiheitsbewegung

Der „Kommission“, die die Regierung für den „Versöhnungsprozess“ einsetzen will, begegnet aber auch die Freiheitsbewegung gegen das Corona-Regime skeptisch. Der Public-Health-Experte Martin Sprenger, in Österreich ein bekanntes Gesicht unter den Maßnahmenkritikern, vermutet, dass unter anderem „weder die finanziellen Verflechtungen, die Korruption, die widerrechtlichen Verordnungen, die Grundrechtseinschränkungen, die vielen unethischen Maßnahmen oder die Angstmacherei unabhängig und transparent aufgearbeitet werden“.

Stattdessen würden wir eine „Politisierung und Inszenierung erleben. Eine Politische-Show der ‚Aufarbeitung‘, in Szene gesetzt von Spindoktoren und Kommunikationsberatern, mit Hilfe des ORF und inklusive instrumentalisierter Experten mit teilweise massiven Interessenkonflikten. Es würde mich sehr wundern, wenn ich mich irre und es anders kommt.“

Die alternativen Medien durchschauen Nehammers Ankündigung als Propagandamanöver. Auf www.tkp.at (<http://www.tkp.at>), einem tendenziell linken Blog für Wissenschaft und Politik, werden Forderungen wie Zurückzahlung aller Covid-Strafen, Offenlegung der Verträge mit Pfizer oder Rehabilitierung von Geächteten

formuliert. Vor allem aber müsse „das Impfdesaster“ endlich ernst genommen und Impfschäden wirklich konsequent aufgearbeitet werden. Die Regierung plane keine echten Konsequenzen, die Demokratiebewegung aber „wird sich von dieser Propaganda nicht überwältigen lassen. Sie hatte die letzten Jahre ganz andere Angriffe zu parieren“.

Auf der rechtsgerichteten Plattform www.auf1.info (<http://www.auf1.info>) wurden zur Regierungsankündigung zahlreiche Statements von prominenten Kritikern des Corona-Regimes angeführt und in einem Kommentar heißt es: „Die Pseudo-Aufarbeitung unter der Devise ‚Schwamm drüber‘, die seit Jahresanfang in den Systemmedien lanciert wird, ist nichts anders als eine Nebelgranate, die von all dem Unrecht ablenken soll. Doch die Wahrheit ist eben auf Dauer nicht aufzuhalten, und die Corona-Lügen des Polit-, Medien- und Wissenschaftskartells sind längst geplatzt.“

Die rechtspopulistische FPÖ, die unter ihrem Obmann Herbert Kickl einen scharfen Oppositionskurs gegen die Corona-Repressalien gefahren war, sagte in einer Aussendung, dass nur die Massenbewegung verhindert habe, dass die „Corona-Totalitaristen“, die jetzt von Versöhnung sprechen, mit der Impfpflicht durchgekommen seien. Die „Selbstuntersuchungskommission“ sei „ein Verhöhnungsprozess“. Vielmehr müsse man für „volle Aufklärung und Konsequenzen für die Verantwortlichen sorgen – und für Gerechtigkeit der Opfer des Corona-Wahnsinns“.

SPÖ-Wien schießt den Vogel ab

Die Sozialdemokratie der Hauptstadt hat seit Jahren ihren berüchtigten „Wiener Weg“ kultiviert. Konkret hieß das, dass die „Maßnahmen“ in Wien besonders „streng“ waren. Zuletzt etwa war

die Maskenpflicht in öffentlichen Verkehrsmitteln bundesweit seit Monaten abgeschafft, in Wien aber läuft sie erst mit Ende Februar aus. Nun, nach der Ankündigung der „Versöhnung“ durch die Regierung, teilte Gesundheitsstadtrat Peter Hacker, der Großmufti der hiesigen Impf-Taliban, der Öffentlichkeit mit, die SPÖ habe die Impfpflicht „nicht gerne, aber aus Solidarität“ mitgetragen. „Das war möglicherweise ein Fehler“, gestand Hacker zu.

Viele Menschen, die diese Nachrichten hörten, wähten sich im falschen Film und rieben sich ungläubig die Augen. In einem Kommentar auf www.derstatus.at (<http://www.derstatus.at>) war davon die Rede, Hacker und Nehammer würden versuchen, sich aufgrund schlechter Umfragewerte aus der Verantwortung für die Corona-Maßnahmen zu stehlen. Sie würden dabei die psychologische Taktik des „Gaslighting“ verwenden: „Darunter versteht man den systematischen Versuch eines Täters, sein Opfer so lange in seiner Wahrnehmung zu manipulieren, sodass dieses an seinen eigenen Erfahrungen und dem eigenen Gedächtnis zweifelt. Schrittweise nähert sich der Betroffene in seiner Wahrnehmung dann an die verdrehte Realität des Manipulators an.“

Und tatsächlich war Hacker Mitte Januar 2022, nach dem Beschluss der Impfpflicht, sogar für deren Ausdehnung auf den Arbeitsplatz eingetreten. Nachdem 2G in Österreich zuvor so gestaltet war, dass „Ungeimpfte“ weitgehend daheim eingesperrt waren und lediglich zur Arbeit gehen durften, hätte Hackers Vorschlag den Ausschluss von Verweigerern vom Erwerbsleben und massenhafte Zerstörung von beruflichen Existenzen bedeutet. Damit noch nicht genug, hatte Hacker noch Ende November 2022 eine Impfkampagne mit Werbefilmchen lanciert, in der „Boosta“, eine Art Corona-Testimonial der Stadt Wien in Form einer überdimensionalen Impfnadel, mit Gewalt gegen Auffrischungs-Unwillige vorgeht, etwa zwei Verweigerer an den Ohren quer durch die Stadt zur Impfstraße schleift.

Kräftiges Widerstandsmilieu

Es ist natürlich richtig und notwendig, das Propagandamanöver der Regierung als solches zu benennen und ernsthafte Konsequenzen einzufordern – nicht nur materielle Entschädigungen, Entschuldigungen und Rehabilitierungen, sondern auch eine Aufarbeitung des Impfdesasters und ein Zur-Rechenschaft-Ziehen der Verantwortlichen.

Gleichzeitig muss aber auch realisiert werden, dass die Versöhnungsideen der Regierung Ausdruck einer positiven Entwicklung sind. Sie zeigen, wie sehr das bisherige Corona-Narrativ – von den Schulschließungen und der Maskenpflicht über den Test-Irrsinn und die Lockdowns bis zur angeblichen Wirksamkeit und Sicherheit der mRNA-Injektionen – bereits erodiert ist.

Die meisten Menschen haben das zumindest innerlich abgehakt und nur noch wenige verbohrte Extremisten in urbanen Akademikermilieus klammern sich an ihre eigene Propaganda.

Und 26 Prozent der österreichischen Bevölkerung haben – trotz massiven Drucks und zeitweiliger Impfpflicht – die experimentellen Geninjektionen verweigert. Das sind ebenso viele wie in Schweden, wo es keinen solchen Druck gab. Das zeigt – entgegen dem Klischee vom gemütlichen und obrigkeitshörigen Österreicher – eine erhebliche Widerstandskraft in der Bevölkerung. Zu diesen 26 Prozent kommen noch all diejenigen, die anfänglich dem Druck zur „Impfung“ nachgegeben haben, die das jetzt aber bereuen oder zumindest aus dem Pfizer-Abo ausgestiegen sind; den „4. Stich“ haben sich nur noch 18 Prozent verpassen lassen.

Viele Menschen werden dem Regime die Eingriffe in ihre Körper, die sinnlosen Grundrechtseinschränkungen und besonders die Repressalien gegen ihre Kinder nicht so bald vergeben. Durch das

Coronaregime ist in Österreich ein Milieu von wohl zumindest 30 bis 35 Prozent der Bevölkerung entstanden, das dem politischen und medialen Establishment und auch der Justiz, der Polizei, der Schulbürokratie, der Ärztekammer und dem Staat des Kapitals insgesamt zutiefst misstraut. Dieses Milieu ist nicht so leicht wieder einzufangen. Insofern haben Nehammer und Rauch ja auch Recht, das Sich-Vom-Staat-nicht-mehr-vertreten-Fühlen geht an die Substanz von dem, was diese Figuren als „Demokratie“ verstehen.

In Wahrheit geht es dabei um diese Repräsentationsdemokratie, in der man seine Stimme tatsächlich abgibt und die Politiker des globalistischen Parteienkartells dann das tun, was ihnen große Konzerne, Stiftungen und transnationale Institutionen vorgeben. Die politischen Repräsentanten fürchten nun berechtigterweise, dass sie die Kontrolle über einen relevanten Teil der Bevölkerung dauerhaft verlieren. Und natürlich geht es den Herrschaften auch um Wahlchancen und Posten.

Nicht auszuschließen, dass die Versöhnungsproklamationen der Regierung bei ein paar Menschen fruchten, die einfach ihre Ruhe haben und das Ganze vergessen wollen. Bei der großen Mehrheit des vom System entfremdeten Drittels der Bevölkerung wird das aber eher nicht funktionieren – und das aus zwei Gründen: Erstens war das Corona-Regime in Österreich mit der allgemeinen Impfpflicht besonders hart und wer da eine widerständige Haltung durchgehalten hat, lässt sich nicht so leicht wieder einlullen. Zweitens fährt dieselbe Regierung, die von Versöhnung redet, mit der Sanktions- und Energiepolitik erneut einen brutalen Kurs gegen die eigene Bevölkerung und reproduziert damit die Entfremdung von ihrem System.

Dieser Artikel erschien bereits auf www.rubikon.news.



Eric Angerer, Jahrgang 1974, ist studierter Historiker und war als Nachrichtenjournalist tätig. Die letzten Jahre arbeitete der begeisterte Alpinist im Bildungsbereich, unter anderem als Sportlehrer. Er verfasste und redigierte zahlreiche historische Texte und solche der marxistischen Theorie. Sein politisches Engagement bezog sich lange Zeit vor allem auf die Unterstützung betrieblicher Selbstorganisation von Beschäftigten in Industrie und Gesundheitswesen. Aktuell beteiligt er sich an der Initiative „Analyse Widerstand Freiheit“ (AWF) in Österreich.

Dieses Werk ist unter einer **Creative Commons-Lizenz (Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International (<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>))** lizenziert. Unter Einhaltung der Lizenzbedingungen dürfen Sie es verbreiten und vervielfältigen.